

Knapp ein Jahr vor den Lokalwahlen, anderthalb Jahre vor den Parlamentswahlen und zwei Jahre vor den Präsidentschaftswahlen scheint Rumänien an einer Weggscheide zu stehen. So müssen die regierenden Postkommunisten, die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD), unter dem Premierminister und PSD-Parteivorsitzenden Năstase entscheiden, wie der notwendige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozess fortgeführt werden soll. Kann das Risiko sozialer Unruhen wegen der notwendigen Reformen in Wirtschaft und Sozialwesen ein Jahr vor den Lokalwahlen eingegangen, damit aber auch der Beitritt in die Europäische Union zum 1.1.2007 erreicht werden? Oder soll der Reformprozess weiter verzögert, damit aber eine Wiederwahl der PSD gesichert werden? Es stellt sich fast 13 Jahre nach dem Niedergang des Kommunismus in Rumänien aber auch die Frage, ob in dem Land eine den anderen ehemaligen Ostblockländern vergleichbare Sozialisation stattgefunden hat. Ist die rumänische Bevölkerung an einer aktiven Teilnahme an der künftigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes überhaupt interessiert? Oder nimmt sie die Beherrschung ihrer Lebensumstände und die Verhinderung eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs durch Korruption, ausufernde Bürokratie und ein schwaches, politisch abhängiges Justizsystem als ein von Gott gegebenes Übel hin?

Sabine Habersack **Sonderfall
Rumänien?
Korruption, Defizite
des Parteiensystems,
Autoritarismus**

Nach der zur Zeit noch geltenden Verfassung von 1991 sollten Ende nächsten Jahres die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gleichzeitig stattfinden. Im Rahmen der seit fast über einem Jahr andauernden Diskussionen über eine Verfassungsänderung scheint sich die partei- und zivilgesellschaftsübergreifende Auffassung, diese beiden Wahlen zeitlich voneinander zu trennen, durchzusetzen. Als möglicher Termin für die dann nächsten Parlamentswahlen ist der Frühsommer 2005 im Gespräch. Die Diskussionen im Parlament sollen nach der Sommerpause abgeschlossen und ein Verfassungsentwurf den Bürgern Rumäniens im Herbst zur Abstimmung vorgelegt werden.

Bis zur Einladung an Rumänien im November 2002, der NATO beizutreten, arbeitete die PSD-Regierung unerwartet diszipliniert, Partei und Fraktionen in den beiden Parlamentskammern Senat und Abgeordnetenhaus ordneten sich widerstandslos dem Ziel der Regierung, das Land in das euro-atlantische Verteidigungsbündnis zu führen, unter. Dieses bedeutete, den Eindruck einer ehrlichen, nur dem Wohl des Landes dienenden Regierung und einer nach Westen hin orientierten, modernen Regierungspartei zu vermitteln sowie eine in allen Bereichen positive Regierungsbilanz vorzuweisen.

Die Bilanz der Regierung Adrian Năstases muss aber differenziert betrachtet werden:

So sind im Bereich der rumänischen Außenpolitik positive Ergebnisse zu nennen wie die Aufhebung der Visumspflicht für Reisen in die EU zum 1.1.2002, die

am 21. November letzten Jahres erfolgte Einladung Prags, der NATO beizutreten, und der Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Bukarest am 23. November 2002. Auch hat sich die rumänische Regierung geschickt bedeckt gehalten mit Kommentaren über die gerade im Vorjahr angespannten politischen Verhältnisse in der Republik Moldau, deren kommunistische Regierung Rumänien mehrfach Einmischung in seine Innenpolitik vorwarf. Beim Treffen der Staatspräsidenten Rumäniens und der Republik Moldau, Ion Iliescu und Vladimir Voronin am 1. August 2003 am Prut anlässlich der Feierlichkeiten zur Einweihung des Staudammes von Stâncă-Costești vor 25 Jahren war insbesondere Iliescu sichtlich um Ausgleich bemüht. Zudem hat sich das Verhältnis zu Ungarn, welches durch die Einführung des ungarischen „Statusgesetzes“ die im Ausland lebenden Ungarn betreffend besonders im Jahr 2001 zeitweise sehr angespannt war, wieder entspannt. So konnte im Oktober 2002 der ungarische Staatspräsident Ferenc Madl als erstes ungarisches Staatsoberhaupt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks Rumänien besuchen. Vor wenigen Tagen bezeichnete Premierminister Năstase bei einem Treffen mit Vertretern der Auslandsrumänen am Schwarzen Meer das ungarische „Statusgesetz“ sogar als Vorbild für eine entsprechende rumänische Regelung, die erarbeitet werden soll.¹⁾

1) *Curentul*, 11.8.2003.

Die diversen Verstimmungen zwischen Rumänien und der EU, welche im letzten Jahr durch die Unterzeichnung des Abkommens mit den USA über die Nichtauslieferung von US-Bürgern an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ohne vorherige Absprache mit der EU und durch die Unterstützung der USA in der Frage des Kriegs gegen den Irak hervorgerufen wurden, sind von rumänischer Seite geschickt beseitigt worden, ohne sich selbst oder die Partner USA und EU bloß zu stellen.

Die innenpolitische Bilanz dagegen muss kritisch gesehen werden. Da die PSD nicht die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen im November 2000 erlangt hatte, wurde eine Minderheitsregierung gebildet, die sich aber auf eine zuverlässige Unterstützung durch den ungarischen Minderheitenverband UDMR (Uniunea Democratică a Maghiarilor din România) stützen kann. Mit diesem wurde das zunächst für ein

Jahr gültige Protokoll über eine Zusammenarbeit unterzeichnet, das seither regelmäßig verlängert wurde. Darüber hinaus sind seit der Parlamentswahl mehrere Abgeordnete der Oppositionsparteien, insbesondere der ebenfalls linksorientierten Demokratischen Partei (Partidul Democrat, PD) und der ultra-nationalen Partei Großrumäniens (Partidul România Mare, PRM) in die PSD übergetreten, so dass die Regierung nur noch in bestimmten Fällen auf die Stimmen der UDMR angewiesen ist.

Wichtige innenpolitische Entscheidungen wie z.B. die dringende Reform des völlig maroden Gesundheitssystems wurden bis auf die Zeit nach der Prager NATO-Entscheidung verschoben, um keine Unruhe zu erzeugen. Aber auch jetzt werden sie nur halbherzig angegangen und so gilt weiterhin, dass die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen sowie die viel zu spät und zu zögerlich eingeleiteten Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich besonders gravierende Probleme im Transformationsprozess bereiten. Auch wenn die Wirtschaft seit dem Jahr 2000 kontinuierlich wächst und zumindest im makroökonomischen Bereich positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, bleiben die größten Hindernisse für einen nennenswerten Wirtschaftsaufschwung die Probleme der Korruption, der Rechtsunsicherheit, der ausufernden Bürokratie, der Schattenwirtschaft und des schleppenden Privatisierungsprozesses. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die ausländischen Direktinvestitionen, welche sich seit 1999 bei ca. einer Milliarde US-Dollar jährlich eingependelt haben, gemessen am wirtschaftlichen Potenzial des Landes und an seinem großen Markt enttäuschend niedrig ausfallen.²⁾ Im ersten Halbjahr 2003 fielen sie sogar um 156 Millionen € niedriger aus als in derselben Zeitspanne des Vorjahres.³⁾

Diese Defizite und Schwächen werden regelmäßig von der EU und anderen supranationalen und internationalen Institutionen sowie von der ausländischen Wirtschaft kritisiert. Sie können auch den Optimismus der Năstase-Regierung, die erwartet, dass Rumänien im Herbst in dem neuen Länderfortschrittsbericht der Europäischen Kommission als letztes EU-Beitrittsland überhaupt den Status einer „funktionierenden Marktwirtschaft“ erhält, nicht nachvollziehen.

2) Vgl. im Einzelnen Carola Kaps, „Die Aussichten auf die EU treibt den Reformprozess“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.8.2003.

3) *Allgemeine Deutsche Zeitung* (ADZ, deutschsprachige Tageszeitung in Rumänien), 13.8.2003.

Sicherlich hat einerseits der letzte Länderfortschrittsbericht der Europäischen Kommission von 2002 Rumänien erhebliche Transformationsfortschritte bescheinigt und andererseits hat der Europäische Rat in Kopenhagen im Dezember 2002 dem Land seine Unterstützung für die Anstrengungen, die Rumänien unternimmt, um am 1.1.2007 der EU beizutreten, bekundet. So soll das Land für die noch zu bewältigenden Aufgaben bis zum anvisierten Beitrittsdatum – abhängig vom Fortschritt im Einklang mit den Fahrplänen und „von der signifikanten Verbesserung der wirksamen Verwaltung und Verwendung der Mittel“⁴⁾ – im Zeitraum von 2001 bis 2003 im Rahmen von Phare, ISPA und SAPARD 1,023, in den Jahren 2004 bis 2006 einschließlich dann noch insgesamt ca. 2,793 Milliarden €⁵⁾ erhalten. Inwieweit allerdings diese Mittel seitens der rumänischen Regierung auch entsprechend verwaltet und effektiv eingesetzt werden, bleibt abzuwarten. Denn bereits der letzte Bericht des Europäischen Parlaments über den Stand der Beitrittsverhandlungen⁶⁾ stellte fest, dass der Bekämpfung der Korruption besondere Aufmerksamkeit beigemessen werden müsse.

Genau in diese alte, anscheinend nie verheilende Wunde haben der Botschafter der USA, Michael Guest, und der Vorsitzende der amerikanischen Handelskammer (AmCham), Obie Moore, im Frühjahr den Finger gelegt. Bei einer internationalen Geberkonferenz am 15./16. April 2003 in Bukarest zum Thema „Investitionen gegen die Korruption“, organisiert vom rumänischen Justizministerium, äußerten sie sich ungewöhnlich offen zum Thema Korruption in Rumänien.

Botschafter Guest hob in seiner Rede zwar hervor, dass in den letzten zwei Jahren einige unverkennbare Fortschritte beim Kampf gegen die Korruption zu erkennen seien und dass die jetzige Regierung mehr als jede Regierung zuvor unternommen habe, um die entsprechenden Gesetze zu verschärfen und die Institutionen zu stärken. Dennoch, so der Botschafter, „rennt die Zeit davon“. Er forderte deswegen Regierung, Opposition und Medien auf, gemeinsam gegen die Korruption vorzugehen, denn „falls Sie es nicht tun, wird die Korruption gewinnen und dieses Land riskiert, seinen moralischen Bankrott anmelden zu müssen.“ Die vielfältigen Beziehungen zwischen der

4) Kommission der Europ. Gemeinschaften, Fahrpläne für Bulgarien und Rumänien, KOM (2002) 624 endg.

5) Kommission der Europ. Gemeinschaften, FN 6.

6) Europ. Parlament, Bericht über den Stand der Beitrittsverhandlungen (KOM (2001) 700 – C5-0024/2002 – 2002/2023 (COS)), vorl. 2002/2023 (COS), Teil I.

schwierigen Wirtschaftslage und der Korruption seien ihm bekannt, ebenso, warum Geschäftsleute mit Insider-Beziehungen kein neues, schärferes Anti-Korruptionsgesetz wollten. Die USA seien zwar weiterhin bereit, Rumänien bei der Korruptionsbekämpfung zu helfen, letztlich müsse aber das Land selbst die entsprechenden Entscheidungen treffen. „Überbrücken Sie politische Auffassungen für einen positiven Wechsel. Verbringen Sie weniger Zeit damit, die Probleme zu studieren, als sie zu lösen. Beachten und setzen Sie Gesetze durch. [...] Tun Sie dieses nicht für die NATO oder für die EU. Tun Sie es nicht, um irgendwelche Kriterien für Kredite der Weltbank zu erfüllen. Tun Sie es für sich selbst und für Ihre Kinder. Tun Sie es für Ihr Land.“

Der Vorsitzende von AmCham, Moore, äußerte sich ähnlich und betonte, dass die rumänische Regierung nur dann Schritte zur Bekämpfung der Korruption unternehme, wenn sie von außen dazu gedrängt werde. Letztlich riskiere Rumänien, wegen der Korruption nicht wie geplant im Jahre 2007 der EU beitreten zu können, wenn nicht messbare Ergebnisse bis zum nächsten Länderfortschrittsbericht der Europäischen Kommission vorgewiesen werden.

Aber nicht nur der US-Botschafter Michael Guest und der AmCham-Vorsitzende Obie Moore haben sich auf dieser zweitägigen Konferenz im April eindeutig zu diesem Problem geäußert, sondern auch weitere Vertreter von internationalen Geldgeberinstitutionen. So erinnerte der Vertreter der Weltbank in Rumänien, Ziad Alahdad, an die sogenannte Roadmap der Europäischen Kommission für Rumänien, die die wichtigsten Schritte aufzeige, welche das Land unternehmen müsse, um am 1.1.2007 der EU beitreten zu können. Dabei betonte er, dass in dieser Roadmap u.a. die eingegangenen Verpflichtungen und Erfordernisse im Hinblick auf die Erfüllung der in Kopenhagen und Madrid festgelegten Kriterien wiederholt worden seien.

Der Chef der Delegation der EU-Kommission in Bukarest, Jonathan Scheele, verwies darauf, dass der Kampf gegen die Korruption nur dann gewonnen werde, wenn alle Rumäninnen und Rumänen diese nicht mehr als etwas Alltägliches empfänden. Er stimmte genauso wie Alahdad den Ausführungen Guests zu: „Der US-Botschafter sprach sehr klar und

detailliert über die wirklichen Probleme in Rumänien.“ In Bezug auf die Äußerungen von Moore über die Korruption und den EU-Beitritt Rumäniens zum 1.1.2007 meinte Scheele, dass die Europäische Kommission im November einen ausgewogenen neuen Landesbericht vorlegen werde, der die Einschätzungen der Delegation der Europäischen Kommission, der rumänischen Regierung, der Presse und der Zivilgesellschaft des Landes sowie der internationalen Organisationen beachten werde.⁷⁾

Guest, Moore, Alahdad und Scheele riefen mit ihrer Kritik unterschiedliche Reaktionen und Interpretationsbemühungen hervor, insbesondere, nachdem die rumänische Regierung wenige Wochen zuvor die Verabschiedung eines heftig umstrittenen Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption im Parlament durchgesetzt hatte.⁸⁾ Dieses Gesetz ist wegen seiner Regelungen insbesondere von den PSD-Abgeordneten, welche sich nicht zwischen ihrem politischen Mandat und ihren Aktivitäten in der Wirtschaft entscheiden wollen, heftig kritisiert worden. Von Seiten der Opposition wurde die Einbringung des Gesetzespakets aus 17 einzelnen Gesetzen kritisiert sowie einzelne Regelungen, insbesondere die offen gelassene Definition des „öffentlichen Interesses“ und „strategischer Gesellschaften“. Daher wurde der PSD-Regierung Scheinheiligkeit vorgeworfen und vermutet, dass auch dieses Gesetz letztlich nicht umgesetzt werde. Diese Vermutung ist nun nach Ablauf der Frist, innerhalb derer sich diejenigen Mandatsträger, bei denen ein solcher Interessenkonflikt vorliegt, zwischen politischem Mandat und wirtschaftlichem Engagement im Sinne des genannten Gesetzes entscheiden müssen, nicht völlig von der Hand zu weisen. So hieß es zwar nach dem 5. Mai 2003, dass bei etwa 50 Senatoren und 100 Abgeordneten „Inkompatibilität“ entsprechend dem Anti-Korruptionsgesetz vorliege, doch haben nur wenige auch bis zum 3. Juli 2003 entsprechende Konsequenzen gezogen. Zu nennen sind nur der PNL-Abgeordnete Dinu Patriciu, Geschäftsführender Direktor und darüber hinaus in mehreren Leitungsgremien bei Rompetrol, der PD-Abgeordnete Adrian Videanu, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kapitalgesellschaft Marmosim, und auch der PSD-Abgeordnete Constantin Tecelescu, Vorsitzender der Sparkasse CEC. Sie entschlossen

7) Die entsprechenden Reden und Reaktionen auf diese waren in allen Tageszeitungen des Landes nachzulesen, hier werden insbesondere die Ausgaben der ADZ und der englischsprachigen Tageszeitung *Nine o'clock* vom 17. bis 21. 4. 2003 als Quellen herangezogen.

8) Seit dem 21. April 2003 ist ein sogenanntes Anti-Korruptionsgesetz in Kraft, über das im Wege eines von der Opposition initiierten, aber gescheiterten Misstrauensvotums Ende März abgestimmt worden war. Das aus 17 Einzelgesetzen bestehende Gesetzeswerk stellt u.a. die Unvereinbarkeit eines parlamentarischen Mandats mit der Mitgliedschaft in Verwaltungsräten von privaten und staatlichen Unternehmen sowie Handels-, Finanz- und Versicherungsgesellschaften, Banken und Kreditinstituten fest. Darüber hinaus dürfen Inhaber eines politischen Mandats weder Teilnehmer noch Präsidenten von Aktionärs- oder Gesellschafterversammlungen sein. Ausnahmefälle können für Verwaltungsräte von solchen privaten oder staatlichen Betrieben erteilt werden, die von wesentlichem „öffentlichem Interesse“ sind oder bei denen es sich um „strategische Gesellschaften“ handelt; festgesetzt werden diese Ausnahmefälle auf Vorschlag der Regierung und mit Avis der Rechtskammer der entsprechenden Parlamentskammer vom Permanenten Büro des Senats oder der Abgeordnetenkammer; ab Inkrafttreten des Gesetzes mussten diejenigen Mandatsträger, bei denen ein solcher Interessenkonflikt vorliegt, das entsprechende Permanente Büro der Parlamentskammer innerhalb von zwei Wochen (bis einschließlich 5.5.2003) davon in Kenntnis setzen und nach weiteren 60 Tagen (bis einschließlich 3.6.2003) den Konflikt beseitigen.

sich, ihre Mandate zugunsten ihrer geschäftlichen Aktivitäten aufzugeben. Bei vielen anderen aber scheinen die entsprechenden Entscheidungen noch ausstehen. Es mag sein, dass in der parlamentarischen Sommerpause solche Entschlüsse untergegangen sind, andererseits ist nicht davon auszugehen, dass diese auch für die Öffentlichkeit wichtigen Entscheidungen im Sommerloch verschwanden und die Presse keine Notiz davon genommen hat.

Alle Oppositionsparteien begrüßten erwartungsgemäß die Reden von Guest, Moore, Alahdad und Scheele auf der internationalen Geberkonferenz und unterstrichen, dass die Korruption gerade in den letzten zwei Jahren – also unter der PSD-Regierung – wieder zugenommen habe und somit auch von der Regierung ernsthaft bekämpft werden müsse.

Die Regierung und die PSD legten die Reden dagegen ganz in ihrem Sinne aus. Auf der Konferenz selbst antwortete Justizministerin Rodica Stoica am ersten Tag, dass sie die Rede des US-Botschafters als Ermunterung und nicht als Kritik auffasse. Der damalige Minister für Öffentliche Informationen, Vasile Dâncu, entgegnete später, es stimme nicht, dass Unternehmen der Korruption wegen Rumänien den Rücken kehrten.

Der Sprecher des Senats, Nicolae Văcăroiu (PSD), unterstrich, dass er mit der Guest-Rede übereinstimme, aber nicht sagen könne, ob es korrupte Personen in der PSD oder in anderen Parteien gebe, da sie seiner Ansicht nach „überall präsent sind“. Văcăroiu betonte auch, dass allein die Verabschiedung eines Anti-Korruptionsgesetzes das Phänomen der Korruption nicht verschwinden lasse, aber die Regierungspartei Wert darauf lege, die darin enthaltenen Vorschriften sofort umzusetzen.

Staatspräsident Iliescu hob hervor, dass Botschafter Guest von Prinzipien und prinzipiellen Einstellungen gesprochen habe „aus Sympathie gegenüber unseren Bemühungen, gegenüber den Bemühungen der Regierung und der Zivilgesellschaft, dieses Phänomen zu bekämpfen, welches unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität berührt“.

Premierminister Năstase wiederum unterstrich, dass der US-Botschafter als Freund Rumäniens gesprochen habe, denn „ein Diplomat hätte nicht solche Formulierungen im Ausland benutzt“. Er bemerkte

ironisch, dass „wir beeindruckt davon sind, wenn amerikanische Repräsentanten ihre Sorge über den rumänischen Integrationsprozess in die EU ausdrücken. Wir denken, dass dieses die Stärke der transatlantischen Beziehung beweist.“ Andererseits fand es der Premierminister seltsam, dass sich ausgerechnet die USA Sorgen um die EU-Integration Rumäniens mache, da schließlich die teilweisen aktuellen Schwierigkeiten des Landes in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU im Wesentlichen eine Folge der besonderen Beziehungen Rumäniens zu den USA seien. Und er bemerkte bisig, dass einige besser Englisch lernen sollten, da die Guest-Rede in den Medien sehr schlecht übersetzt worden sei. „Die Presse präsentierte eine falsche Beurteilung einer gut gemeinten Initiative“, so Năstase, der auch den Dienst der Regierung zur Übersetzung solcher Reden für die Presse anbot.

Andererseits räumte der Premierminister später in einem Interview Mediafax gegenüber ein, dass die Korruption in Rumänien auf allen Ebenen eine Rolle spiele und wenige dies zugäben; Korruption sei Ursache, aber auch Folge zugleich. Und zwar Folge der Armut, des Produktionsrückganges nach 1990, des Restrukturierungsprozesses und der Mentalität. „Korruption zu bekämpfen bedeutet, Rumänien zu normalisieren und zu modernisieren“⁹⁾, so Năstase.

Mit den oben erwähnten Kommentaren gegen die PSD nahmen die Oppositionsparteien Bezug auf die Tatsache, dass seit spätestens Mitte letzten Jahres nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand Korruptionsvorwürfe gegenüber die PSD und die von ihr getragene Regierung geäußert werden. So veröffentlichte die Intellektuellenzeitung *Revista 22*¹⁰⁾ im Juli 2002 eine „Karte der lokalen Barone und Mafiosi der PSD“ und sprach in einem Artikel von dem System der „legalisierten Korruption“. Seitdem vergeht kein Tag mehr, an dem nicht in verschiedenen Zeitungen Artikel über gewisse „PSD-Barone“ erscheinen.

Dabei wird in diesem Zusammenhang regelmäßig auch Kritik an Năstase selbst laut, und sein Name immer wieder in Verbindung mit einigen Fällen genannt. So erschütterte Anfang 2002 ein im Internet anonym veröffentlichter Bericht namens „Armageddon II“ das Land. In diesem Bericht wurde der nicht gerade bescheidene Besitz des Premierministers und seiner

9) *Nine o'clock*, 25.-29.4.2003.

10) Ausgabe Nr. 30, 23.-29.7.2002.

Familie aufgelistet und die Frage gestellt, woher er stamme. Năstase reagierte in der eigens wegen dieses Berichts abgehaltenen Pressekonferenz äußerst gereizt und wies alle Anschuldigungen von sich. Im weiteren Verlauf der Affäre stellte sich heraus, dass der ehemalige Kabinettschef des letzten Staatspräsidenten Constantinescu, Mugur Ciuvică, der Verfasser des Berichts war. Er kam für kurze Zeit wegen Verleumdung und übler Nachrede in Untersuchungshaft, konnte aber letztlich nicht verurteilt werden.

Zur Zeit ist die EU-Integrationsministerin und Ilescu-Vertraute, Hildegard Puwak, im Zusammenhang mit dem Anti-Korruptionsgesetz und der Verteilung von EU-Fördergeldern aus dem Programm „Leonardo da Vinci“ unter politischen Druck geraten. Ministerin Puwak hat in ihrer Vermögenserklärung verschwiegen, bei einer Firma ihres Ehemannes offiziell als Verwalterin eingetragen zu sein. Darüber hinaus haben die zwei Firmen ihres Mannes und die Firma ihres Sohnes über das „Leonardo da Vinci“-Programm insgesamt 150 000 € erhalten. Die Ministerin bestritt die gegen sie erhobenen Vorwürfe in der Sache nicht, wies aber darauf hin, dass deshalb kein Interessenkonflikt vorliege, da die Bewerbungen um die Fördergelder eingereicht worden seien, bevor sie zur EU-Integrationsministerin ernannt wurde, und die Tätigkeit als Verwalterin in der Firma ihres Mannes übe sie zudem schon seit Jahren nicht mehr aus.¹¹⁾

11) *Nine o'clock*, 30.7.2003, ADZ, 31.7.2003.

Gegen die parteiinterne Korruption und bei Korruptionsvorwürfen gegen Regierungsmitglieder tritt Năstase als Parteivorsitzender und Regierungschef zumindest nach außen hin energisch an, fällt aber auch bei offensichtlichen Fällen keine Entscheidungen. Statt dessen hofft er darauf, dass die umstrittenen Personen selber Konsequenzen ziehen. Somit erscheint letztlich fraglich, ob wirklich ein konsequentes Vorgehen gegen dieses für Rumänien so alte Übel gewollt ist, denn zu eng sind die Fäden hinter den Kulissen zwischen der Regierungspartei und der Wirtschaft gesponnen, zu sehr ist Năstase auf die Unterstützung der Regional- und Lokalparteispitzen angewiesen. Dies wurde umso deutlicher, als Anfang des neuen Jahres als Reaktion auf die vielen Vorwürfe gegen die Regierungspartei und ihre „Barone“ medienwirksam nach Landkreisen geordnet diejenigen,

denen von der Presse Korruption vorgeworfen wurde, sowie die Parteivorstände in das Parteihauptquartier in der feinen Kisseleffchaussée zitiert wurden. Dort mussten sie dem Parteivorstand Rede und Antwort zu stehen. Doch es stellte sich heraus, dass angeblich alle Korruptionsvorwürfe unbegründet seien und sich der PSD-Parteivorstand mit Năstase an der Spitze nicht gezwungen sehen musste, Konsequenzen zu ziehen.

Der am 28. März 2002 eingerichteten Behörde um den neuen Posten des sogenannten Antikorruptionsstaatsanwaltes (Parchetul Național Anticorupție, PNA), zu deren Chef der Năstase-Vertraute Ion Amarie ernannt wurde, wird von der Opposition eine parteiliche Einstellung vorgeworfen. Denn es handelt sich bei der PNA nicht um eine selbständige, sondern um eine dem Justizministerium unterstellte Behörde. Insgesamt soll die PNA in den ersten zehn Monaten ihrer Tätigkeit 352 Personen vor Gericht gebracht und einen Gesamtschaden von ca. 263 Millionen € im Zusammenhang mit Bestechung ermittelt haben.¹²⁾ Einzig spektakulärer Fall der PNA war bis jetzt die Verhaftung von Fanel Pavalache im Oktober letzten Jahres und die Erhebung der Anklage gegen ihn mit dem Vorwurf, dass er vier Millionen US-\$ Schmiergeld angenommen habe, um für einen Dritten eine vorteilhafte Entscheidung in einem Zivilprozess gegen die gerichtliche Liquidation der Bank BIR (Internationale Bank der Religionen) zu erwirken. Pavalache war bis dahin Berater des Regierungssekretariats und wurde nach seiner Festnahme entlassen und auch immerhin aus der PSD (Tulcea) ausgeschlossen. Er befindet sich bis jetzt in Untersuchungshaft.

12) ADZ, 15.7.2003.

Abgesehen von den Oppositionspolitikern, Medien und einigen Nichtregierungsorganisation scheint sich auf längere Sicht keiner für eine wirklich seriöse Bekämpfung der Korruption zu interessieren. Denn historisch betrachtet hat sich die Korruption über die lange, wechselvolle Geschichte des Landes hinweg geradezu institutionalisiert. So gibt es in der rumänischen Sprache viele Wörter für „Schmiergeld“ und die meisten sind türkischen Ursprungs. Immer wieder besetzt von fremden Völkern, insbesondere von den Türken ab Ende des 14. Jahrhunderts bis 1829 vor allen Dingen in den Fürstentümern Moldau und Walachei, waren es die Rumänen gewohnt, diverse

Rechte und gewisse Annehmlichkeiten von den Besitzern zu erkaufen. Und in der Zeit des Kommunismus, so hat es Andrei Pleşu, ehemaliger Kultur- und Außenminister sowie jetziger Direktor des von ihm gegründeten New Europe College in Bukarest, in seiner Eröffnungsrede zu den diesjährigen Salzburger Festspielen gesagt, bekam die Korruption „als eine Freude, den Staat betrügen zu können, eine seltsame Legitimität“. Diese Freuden „waren ein Sabotageakt, eine Modalität, sich das zurückzuholen, was das Regime willkürlich konfisziert hatte, kaum dass es an der Macht war.“ So vermutet Pleşu, dass „die unverantwortliche Explosion der Korruption in manchen Ländern des heutigen Osteuropa nichts anderes ist als diese aus Trägheit überlebende Mentalität – was natürlich keine Entschuldigung sein kann, aber so manches erklärt.¹³⁾

13) Andrei Pleşu, „Über die Freude in Ost und West“, ADZ, 29.7.2003.

Aber auch die politische Übermacht der Regierungspartei PSD stimmt bedenklich. Sie spielt im ganzen Lande eine nicht mehr zu übergehende Rolle, ihre Vormachtstellung in allen wichtigen Gesellschaftsbereichen ist erdrückend und geht inzwischen weit über ihren Wähleranteil hinaus. So hat sich ein Machtdreieck aus dem – formal parteilosen – Staatspräsidenten Ilescu, dem Premierminister Năstase und der Regierungspartei PSD gebildet, welches nahezu das gesamte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben bestimmt. Offen wird gesagt, die PSD habe sich zu einer Staatspartei entwickelt. Insgesamt kontrolliert sie fast vollständig den Staatsapparat und die Verwaltung sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, und ihre Macht wächst kontinuierlich. So hat sie bei den letzten Kommunalwahlen im Sommer 2000 lediglich 35,5 Prozent der neu zu wählenden Bürgermeisterposten gewonnen, konnte diesen Anteil jedoch bis Ende 2001 auf fast 50 Prozent, bis heute sogar auf ca. 80 Prozent erhöhen. Sicherlich haben einzelne Bürgermeister ihre ursprüngliche Partei aufgrund interner Streitigkeiten freiwillig verlassen, doch bei einer Vielzahl ist Druck seitens der PSD bekannt oder der schlichte Wille, im lokalen Gefüge an der Macht zu bleiben und folglich mit den Stärkeren zu paktieren. Demnach liegt nahezu landesweit die Macht in der Hand einer Partei und es existiert keine Machtbalance zwischen Regierung und Opposition. Noch nicht einmal die um-

strittene Regierungsumbildung von Mitte Juli und die damit verbundenen Neu- und Umbesetzungen innerhalb der PSD-Parteispitze haben Năstase geschadet. Ebenso nicht die parteiintern umstrittene Absorption zweier kleiner sozialistischer Parteien, nämlich der Sozialistischen Partei der Arbeit (PSM) und der Sozialistischen Partei der Nationalen Wiedergeburt (PSRN). PSM hat sich immer zu ihren kommunistischen Ursprüngen bekannt, PSRN ist eine Abspaltung der PRM. Die Erweiterung der PSD um diese neo-kommunistischen Parteien ist nur im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen in den Jahren 2004/2005 zu erklären, angesichts derer sich die Regierungspartei ihrer sozialistischen Wurzeln erinnert. Insofern passt es auch zur Parteistrategie, dass vor wenigen Monaten das Jubiläum „110 Jahre rumänische Sozialdemokratie“ gefeiert wurde. Dabei erinnerte die PSD daran, dass 1893 die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter in Rumänien (PSDMR) gegründet wurde.

Trotz allem erfreuen sich Premierminister Năstase und die Regierungspartei PSD weiterhin großer Zustimmung, auch wenn diese seit den Parlamentswahlen kontinuierlich sinkt: von 58,8 Prozent Anfang Dezember 2002¹⁴⁾ auf 45 Prozent im April 2003¹⁵⁾ und zuletzt auf 43 Prozent Anfang August¹⁶⁾. Die Opposition fällt als demokratisches Gegengewicht fast vollständig aus. Sie ist nicht nur zu schwach, sondern selbst mit internen Problemen zu sehr beschäftigt, als dass sie mit vernünftigen Alternativen die Năstase-Regierung unter Druck setzen könnte. Wie der rumänische Politikwissenschaftler und Journalist Stelian Tănase im Frühjahr 2003 in einer Diskussion feststellte, bleibt sie auch mehr als zwei Jahre nach der letzten Parlamentswahl allen wichtigen Debatten aufgrund des Fehlens von Alternativvorschlägen, die durchsetzbar wären, fern.

Einzig PRM weist eine fast ähnlich disziplinierte Organisations- und Führungsstruktur auf wie die Regierungspartei. Nach einigen Übertritten von Parlamentsabgeordneten zur PSD haben sich die Fraktionen im Senat und in der Abgeordnetenversammlung, welche immerhin nahezu ein Viertel der Mitglieder beider Kammern stellen, stabilisiert.

Die wie PSD linksorientierte PD verliert nicht nur Parlamentsabgeordnete und Senatoren, regionale

14) ADZ, 24.12.2002.

15) ADZ, 15.4.2003.

16) *Ziua*, 12.8.2003.

bzw. lokale Repräsentanten an die PSD, sondern letztere hat es sich auch zum erklärten Ziel gemacht, durch Abwerbung von PD-Mitgliedern die Partei auszuhöhlen. PD ist Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI), die in naher Zukunft auch die PSD, die bis jetzt nur einen Beobachterstatus inne hat, aufnehmen wird. Damit wird die PSD nicht nur die größere, sondern als Regierungspartei auch die attraktivere rumänische SI-Mitgliedspar­tei sowohl für internationale Kontakte als auch für die heimische linke Wählerschaft. Darüber hinaus zeigt sich der PD-Parteivorsitzende Băsescu, der auch Oberbürgermeister der Hauptstadt Bukarest ist, in seinem verbissenen Kampf gegen die linke Schwesterpartei nahezu fanatisch, was viele innerhalb der PD inzwischen abstößt. Hinzu kommt, dass er sich seit kurzem mit einer möglichen Anklageerhebung konfrontiert sieht. Dem ehemaligen Transportminister werden Bestechung und Veruntreuung im Zusammenhang mit dem Verkauf der rumänischen Handelsflotte vorgeworfen. Der Ausgang dieses Prozesses wird nicht nur über das weitere politische Schicksal des PD-Vorsitzenden entscheiden, sondern auch über das der Partei selbst. Denn Băsescu steht wie kein anderer für PD und ist der aussichtsreichste Kandidat bei den im Frühjahr 2005 anstehenden Oberbürgermeisterwahlen in Bukarest. So kann die PD gegebenenfalls der große Verlierer auf der politischen Bühne innerhalb der parlamentarischen Opposition werden. Viele Beobachter der politischen Szene gehen ohnehin davon aus, dass die Partei, sollte sie sich nicht rechtzeitig stabilisieren, spätestens nach den nächsten Parlamentswahlen zerfallen wird. Der eher linksorientierte Flügel könnte zur PSD abwandern, während der eher rechtsorientierte Flügel sich der PNL anschließen könnte, meinen viele Analytiker.

Die PNL ihrerseits etabliert sich verstärkt als *die* Alternative auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums. In den vergangenen Jahren hat die PNL bis auf eine vernachlässigbare Kleinstpartei alle Gruppen und Orientierungen mit liberalen Auffassungen in sich vereinigt und Mitte April auch noch die rechtsorientierte Union der Rechtskräfte (Uniunea Forțelor de Dreapta, UFD) aufgenommen. Sicherlich bleibt abzuwarten, inwieweit der PNL-Vorsitzende Theodor Stolojan, der unter Staatspräsident Iliescu ab

Ende 1991 für ein Jahr lang Premierminister gewesen war und dem deswegen auch eine Nähe zum Staatspräsidenten nachgesagt wird, seine Opposition gegenüber der Regierungspartei aufrecht hält. Stolojans Oppositionswillen wird immer wieder angezweifelt, insbesondere von einer starken Gruppe um den stellvertretenden Parteivorsitzenden Dinu Patriciu, der sogar vor vielen Monaten laut über eine Mitgliedschaft der PNL in der EVP nachdachte, wird der Vorsitzende aufmerksam beobachten. Die Partei ist durch die hinzugekommenen UFD-Mitglieder gestärkt worden. Stolojan seinerseits findet an der Tatsache Halt, dass er der einzige aussichtsreiche Herausforderer des möglichen PSD-Präsidentenskandidaten Năstase ist.

Die Stärke der PNL auf der rechten Seite des Parteienspektrums resultiert auch aus dem rapiden Niedergang der ehemaligen christlich-demokratischen Regierungspartei PNȚCD (Partidul Național Tărănesc Creștin Democrat) unter dem Vorsitz des ehemaligen Premierministers von 1996 bis 1998, Victor Ciorbea. Sie ist nicht nur als ehemalige Mehrheitspartei innerhalb der bürgerlichen Regierungskoalition mit u.a. PNL und PD von 1996 bis 2000 abgewählt worden, sondern hat den Wiedereinzug ins Parlament deutlich verpasst. Als die demokratische Opposition 1996 die Wahlen gegen die Postkommunisten gewonnen und PNȚCD innerhalb dieses Bündnisses die meisten Stimmen erhalten hatte, hofften viele, dass das Land endlich zu demokratischer, sozialer und wirtschaftlicher Normalität finden werde. Der Wandel hin zu einer authentischen Demokratie und zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen blieb aber aus. Mehr noch, die Idee eines Wandels überhaupt, wie es der Journalist Keno Verseck schreibt, „war zutiefst diskreditiert“.¹⁷⁾ Eine demokratische Sozialisation fand erst recht nicht statt. Für den versprochenen Wandel in Politik und Gesellschaft stand gerade PNȚCD, welche wie nur noch die PNL bis in die einfachen Mitgliederschichten hinunter viele Anhänger in den politischen Gefängnissen und Arbeitslagern des kommunistischen Regimes verloren hatte. Auch wenn die bürgerliche Regierungskoalition von 1996 bis 2000 insgesamt uneinheitlich, zerstritten und chaotisch regierte, verstanden es PD und PNL, sich rechtzeitig vor den Wahlen

17) Keno Verseck, *Rumänien*, München 2001.

im November 2000 gedanklich umzuorientieren und damit ihr jeweils eigenes Wahldesaster deutlich geringer zu halten als PNȚCD. Gerade den christdemokratischen Ministern konnten die Wählerinnen und Wähler das teilweise arrogante Auftreten und die massiven – bis heute allerdings nicht eindeutig nachgewiesenen – Korruptionsvorwürfe während der Regierungszeit gerade wegen der Geschichte und Tradition der Partei am wenigsten verzeihen. Weder die verlorene Glaubwürdigkeit noch das Vertrauen der Bevölkerung konnte PNȚCD bis jetzt zurückgewinnen, als Oppositionspartei wird sie kaum wahrgenommen und kommt bei Umfragen über ein bis drei Prozent Zustimmung nicht hinaus.

Hinzu kommt ein bereits 1998 einsetzender und sich weiter vollziehender Absplittierungsprozess von der Partei, so dass das christlich-demokratische Segment des Parteienspektrums mehr als uneinheitlich ist. Erst am 12. und 13. Juli fand in Bukarest der Gründungskongress der Volksaktion (Acțiunea Populară, AP) statt, an deren Spitze der von 1996 bis 2000 amtierende Staatspräsident, Emil Constantinescu, gewählt wurde. Obgleich Constantinescu in einem Zeitungsinterview im Februar mehrfach unterstrich, AP habe sich nicht zum Ziel gesetzt, vornehmlich ein Hauptkonkurrent der PNȚCD zu sein, wurde schnell offensichtlich, dass das Gegenteil eintreten werde. Noch Anfang Dezember 2002 soll Constantinescu von Seiten der PNȚCD die Präsidentschaftskandidatur angeboten worden sei, wenn auch vergeblich. Danach wurde er von der PNȚCD zum Gegner erklärt und mit harscher Kritik bedacht. Constantinescu konterte entschieden, und über Monate hinweg fand eine scharfe Auseinandersetzung zwischen ihm und Ciorbea statt. So wurde Constantinescu von Ciorbea regelmäßig vorgeworfen, AP nur gegründet zu haben, um Mitglieder der PNȚCD abzuwerben, die Partei aufzulösen oder mit einer anderen Partei zu fusionieren. Tatsächlich verlassen seit Frühjahr dieses Jahres gesamte Ortsverbände landesweit die PNȚCD in Richtung AP und einige ehemalige PNȚCD-Minister sind stellvertretende Parteivorsitzende der AP. Zudem wird die von der PNȚCD im Sommer 2001 abgesplitterte Christliche Volkspartei (Partidul Popular Creștin, PPC) mit AP zusammengehen und ein entsprechender Vereinigungskongress wird im Sep-

tember diesen Jahres stattfinden. Insofern erscheint AP in der Tat als eine Alternative zur PNȚCD.

Eine zu schwache Opposition und damit ein fehlender demokratischer Gegenpol einerseits und eine sich unverkennbar zu einer Staatspartei entwickelnde, das ganze Land fast ausnahmslos beherrschende Regierungspartei andererseits kennzeichnen also die politische Situation Rumäniens. In gewisser Form weist das Land eher eine de facto gewählte, autoritäre Regierung auf, als ein ausgeglichenes pluralistisches System. Ironischerweise beklagt der Premierminister selbst regelmäßig die Schwäche der Opposition, geht aber auf deren – wenn auch wenige – politische Alternativvorschläge selten ein. Hinzu kommt, dass Năstase selbst durch seine gängige Politik an dem demokratisch gewählten Parlament vorbei im Wege der sofort geltenden Dringlichkeitsverordnungen¹⁸⁾ die demokratischen Spielregeln regelmäßig aushebelt. Folglich existiert nur auf dem Papier das für demokratische Länder typische System von *checks and balances*.

Vereinzelte wird diese Politik der PSD-Regierung von Nichtregierungsorganisationen, im Fernsehen und in den Printmedien kritisiert. Am 17. April 2003 erschien in der englischsprachigen Tageszeitung *Nine o'clock* ein Kommentar mit dem Titel „Ordinances – the evergreen issue“. Doch ein nachhaltiger, die Regierung zum Umdenken zwingender Diskussionsprozess wird in der gesamten Gesellschaft nicht geführt. Dieses hängt zum einen damit zusammen, dass es in Rumänien keine Kultur des Zweifels und der kritischen Nachfrage gibt. Zum anderen sind viele Rumäninnen und Rumänen davon überzeugt, dass für das Land so etwas wie eine „Regierung der eisernen Faust“ das Beste sei.¹⁹⁾ Die gesellschaftlichen Strukturen sind bis heute autoritär, obrigkeitshöriges Verhalten ist weithin charakteristisch. So sind die anerkanntesten Institutionen immer noch das Militär und die rumänisch-orthodoxe Kirche. Selbst fast über 13 Jahre nach der Revolution spielen persönliche und engagierte Teilnahme an der künftigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes kaum eine Rolle. Von einer demokratischen Sozialisation kann immer noch nicht gesprochen werden, auch wenn der Großteil der rumänischen Bevölkerung die Demokratie an sich bejaht.

18) Die rumänische Verfassung sieht eine Staatsordnung mit Gewaltenteilung vor, gemäß derer die Regierung Exekutiv- und Verwaltungsfunktionen besitzt. Die Verfassung erlaubt allerdings der Regierung in Ausnahmen, statt das Ergebnis des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens abzuwarten, sofort in Kraft tretende sogenannte Dringlichkeitsverordnungen zu erlassen. Diese müssen erst im Nachhinein vom Parlament verabschiedet werden. Allein in den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit hat die Năstase-Regierung 416 Eilverordnungen erlassen, von denen erst knapp über 300 vom Parlament danach gebilligt und 28 abgelehnt worden.

19) Keno Verseeck, FN 20.

20) Keno Verseck, FN 20.

21) Von 1990 bis 1996 regierte in jeweils veränderter Form und in unterschiedlichen Koalitionen die PDSR (Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien), die Vorgängerpartei der jetzt regierenden PSD, das Land; juristisch betrachtet ist die PDSR/PSD nicht die Nachfolgerpartei der Kommunistischen Partei Rumäniens. Personell und, zumindest anfangs, auch ideologisch ist sie jedoch überwiegend als solche zu betrachten. 1990 bis 1996 stand überdies der Ex-Kommunist Ion Iliescu, der zusammen mit dem letzten rumänischen Außenminister Petre Roman an der Spitze des sogenannten Revolutionsrats „Front zur nationalen Rettung“ die Macht nach dem Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu an sich riss, an der Spitze des Staates. Er hatte als PSDR-Kandidat für das höchste Amt im Staate kandidiert. Iliescus Eltern waren kommunistische Untergrundkämpfer und er selbst hatte u.a. in der Sowjetunion studiert. Er war einerseits ein Mann der alten Garde der Partei, andererseits aber auch ein Vertreter der technokratischen Partielite. Zeitweilig galt Iliescu als möglicher Nachfolger Ceaușescus und stieg zum ZK-Sekretär für Fragen der Ideologie auf. 1971 wurde er aber wegen eines Konfliktes mit dem Diktator abgelöst und seine Parteikarriere war beendet. Zuletzt war Iliescu Direktor eines technischen Verlags. 1987 sprach er sich in einem in der Presse veröffentlichten Artikel für den Umbau der rumänischen Gesellschaft nach dem Muster der Perestrojka, die von Ceaușescu vehement abgelehnt wurde, aus.

22) Anton Sterbling, „Eliten in Südosteuropa“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10–11/2003.

23) Keno Verseck, FN 20.

Das fehlende Interesse an Partizipation hängt nicht nur damit zusammen, dass die Bevölkerung von den Herausforderungen des alltäglichen wirtschaftlichen Überlebenskampfes viel zu sehr vereinnahmt wird. Sondern es findet vor allem seinen Grund darin, dass der Diktator Nicolai Ceaușescu aus der Kommunistischen Partei und aus dem Staat eine Sozialpyramide von passiven und gefügigen Befehlsempfängern gemacht hatte, für die sein Wort Gesetz war. So meint Verseck, dass dies vielleicht das schlimmste Erbe sei, das Ceaușescu hinterlassen habe.²⁰⁾ Denn wo staatliche und gesellschaftliche Strukturen auf die reine Ausführung von Befehlen reduziert worden waren, hatten es rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze und Institutionen schwer, sich nach der Revolution von 1989/1990 durchzusetzen. Hinzu kommt, dass von den vermeintlich neuen Machthabern um den jetzigen Staatspräsidenten Iliescu²¹⁾ 1989/1990 die Einführung demokratischer Strukturen mit gefestigten, unabhängigen Institutionen überhaupt nicht beabsichtigt war. Ohnehin handelte es sich bei dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Rumänien nicht um einen Systemwechsel, verbunden mit einem Elitenwandel. Sondern es wurden nur bestimmte Personen ausgewechselt, das Diktatorenehepaar Ceaușescu sogar hingerichtet. Doch die alten kommunistischen Eliten waren eindeutig auch die Nutznießer des neuen Systems, Teile der vormaligen Eliten konnten dank ihres Herrschaftswissens, der von ihnen ausgeübten Kontrolle und ihres ausgedehnten Netzwerkes persönlicher Beziehungen die durch den Tod des Diktatorenpaares frei werdende Macht in ihrem Sinne umformen.²²⁾ So stellte auch niemand die Frage danach, warum gerade Iliescu zum selbsternannten Führer der Revolution wurde, wie die „Front zur nationalen Rettung“ entstand und wer diese und ihre Mitglieder legitimiert hatte. Und niemand fragte kritisch nach, was Iliescu genau meinte, als er im Januar 1990 regelmäßig betonte, dass Rumänien nicht das westliche Demokratiemodell kopieren solle, sondern eine „originale, eigene Demokratie“ finden müsse.²³⁾ Pleșu formulierte es in Salzburg folgendermaßen: „Rumänien schien ein Riesenbetrug gelungen zu sein: Es hatte etwas organisiert, was nach Revolution aussah, in Wirklichkeit jedoch blieben die Strukturen der Diktatur unangetastet.“²⁴⁾ Ebenso war die Zeit bis

1996 gekennzeichnet von Verzögerung oder halbherziger Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen, und Rumänien verlor im Gegensatz zu den meisten anderen ehemaligen Ländern des Ostblocks wertvolle Zeit im notwendigen Reformprozess sowie auf dem Weg in die EU. Aber die Mehrheit der Bevölkerung war mit dem formaldemokratischen, halbautoritären Iliescu-Regime zufrieden. Zu tief war die Tradition autoritärer staatlicher Herrschaft, das Fehlen einer demokratischen Kultur und damit auch das Fehlen von Partizipation an der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes schon vor der Zeit des Kommunismus in der rumänischen Gesellschaft verwurzelt, als dass der weiteren Aushöhlung eigenständiger gesellschaftlicher Institutionen in der Zeit des Kommunismus nach dem Tod Ceaușescus etwas hätte engengesetzt werden können. Und heute bilden, wie Karl-Peter Schwarz es vor wenigen Tagen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf den Punkt brachte, „Angehörige der Nomenklatura der KP und der Jugendorganisation, ehemalige Offiziere der Securitate und ihre Nachkommen den Kern des Establishments, das über Politik und Wirtschaft herrscht.“²⁵⁾ Seiner auch von Pleșu bestätigten These ist beizupflichten: „Rumänien ist ein Sonderfall“.

24) Andrei Pleșu, FN 15.

25) Karl-Peter Schwarz, „Neue Cafés in alten Baracken“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.8.2003.

Das Manuskript wurde am 15.8.2003 abgeschlossen.